

N I E D E R S C H R I F T

über die 18. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familien- und Seniorenfragen

| | |
|------|--|
| vom: | 10.09.2002 |
| von: | 16:00 Uhr |
| bis: | 17:55 Uhr |
| Ort: | Rathaus Geisweid Zimmer 109 |

Anwesend waren:

I. Vom Ausschuss für Soziales, Familien- u. Seniorenfragen:

Stv Schmidt, André - als Vorisitzender
Stv Eberlein, Klaus-Peter
AM Eger-Kahleis, Brigitte
Stv Flohren, Angelika
AM Kaiserling, Carl-Norbert
AM Kamieth, Jens
Stv Katz, Reinhilde
AM Nell, Karl-Heinz
Stv Rujanski, Detlef
AM Tigges, Johannes
AM Wolters, Maria - für Stv Neubauer, Hans Peter

II. Beratende Mitglieder:

AM Kill, Erika
AM Löwenberg, Horst
AM Max, Christian
AM Mücke, Helga
Stv Nauck, Gerda

III. Von der Verwaltung:

StR Dr. Rohr
Städt. VD Fischer
VA Damerius

VA Dittmar
StI Engelmann
StAR Munker - als Schriftführerin

Nicht anwesend waren:

Stv Krombach, Ulrich
Stv Dr. Stötzel, Wolfgang

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift

Zur Mitunterzeichnung wird Herr Kaiserling bestimmt.

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 26.06.2002

Bezug nehmend auf TOP 6 merkt Frau Eger-Kahleis an, dass ihr Wortbeitrag nicht vollständig wiedergegeben wurde. Sie hatte Bedenken geäußert, dass ein hoher Betrag pro Teilnehmerin gezahlt wird wobei nicht klar ist, ob diese die Ausbildung tatsächlich abschließen und auch aus dem Sozialhilfebezug herausfallen.

Die Niederschrift wird sodann bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

3. Fragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

Es liegen keine Anträge vor.

5. Behindertenplan der Stadt Siegen - Sachstandsbericht

Vorlagenr. 2149/2002 - Vorlage vom 12.08.2002

Herr Damerius berichtet eingangs ergänzend, dass gegenüber dem Vorjahr sowohl Zahl der telefonischen als auch der persönlichen Beratungen gestiegen ist. Aktuell verfügen in Siegen 5.682 Personen über einen Schwerbehindertenausweis mit dem Merkzeichen gehbehindert (**g**), davon sind 990 Personen außergewöhnlich gehbe-

hindert (**ag**). 105 Personen sind **blind**.

Anschließend stellt er die Arbeitsschwerpunkte der Behindertenbeauftragten und beispielhaft einzelne Aktionen und Maßnahmen dar.

Der Bericht stößt bei allen Ausschussmitgliedern auf eine sehr positive Resonanz. Sie danken Frau Dittmar und Herrn Damerius für ihr Engagement und heben hervor, dass mit diesem Einsatz bereits viele Verbesserungen erreicht werden konnten.

Im Verlauf der Aussprache werden folgende Anregungen, Hinweise und Forderungen vorgebracht:

- **Gutscheine für die Benutzung von Behindertenfahrdiensten**
(Frau Kill, Frau Flohren)

Die Verwaltung wird gebeten, bei der Kreisverwaltung eine Stellungnahme einzuholen.

- **Verbesserung der Wohnsituation für junge Behinderte und ihre Familien**
(Frau Kill, Frau Nauck, Herr Nell)

Das Angebot für diesen Personenkreis ist nach wie vor verbesserungsbedürftig, da behindertengerechte Wohnungen überwiegend in Anlagen für Senioren vorhanden sind. Das Leben im gewohnten sozialen Umfeld in einer heterogenen Altersstruktur ist häufig nicht möglich.

Der Ausschuss regt an, mehr Informationen über die Möglichkeiten der öffentlichen Förderung zu geben und mit den Wohnungsgenossenschaften und sonstigen Verwaltungsgesellschaften Kontakt aufzunehmen.

Verwaltungsseitig wird deutlich gemacht, dass hier insbesondere ein über die normale Beratung hinausgehendes Angebot nachgefragt wird. Die Personalkapazität steht diesem speziellen Bedarf entgegen. Die Frage sollte bei der Fortschreibung des Behindertenplanes weiter verfolgt werden.

- **Nutzung des ÖPNV / Behindertenparkplätze / taktile Leitstreifen**
(Frau Nauck, Herr Rujanski, Frau Flohren, Frau Mücke)

Die Ausschussmitglieder kritisieren, dass selbst die Niederflurbusse nicht nah genug an die Haltestellen heranfahren und das Ein- und Aussteigen für Behinderte dadurch erschwert wird. Es müsste auch möglich sein, dass im Bedarfsfall Haltestellen durch die Fahrer angesagt werden. Darüber hinaus wird das häufig unhöfliche Verhalten des Personals beklagt. Die Verwaltung wird gebeten, auf höherer Ebene die VWS aufzufordern, Abhilfe zu schaffen.

Der Besuch des Wochenmarktes in der Oberstadt ist für gehbehinderte Personen

nur unter erschwerten Bedingungen möglich, da die vorhandenen Behindertenparkplätze durch die Marktstände belegt sind und in kurzer fußläufiger Entfernung keine Alternativen bestehen.

Die bisher barrierefreie und durch taktile Leitstreifen gekennzeichnete Querung des Bahnhofsvorplatzes wurde durch den Bau des Brunnens unterbunden. Dieser Fall zeigt sehr deutlich, dass in allen Verwaltungsebenen die Belange behinderter Menschen oft nicht bedacht bzw. berücksichtigt werden.

- **Kostenloser Eintritt für Begleitpersonen bei kulturellen Veranstaltungen in der Siegerlandhalle**
(Herr Rujanski, Frau Flohren)

Es wird um Stellungnahme gebeten, aus welchen Gründen keine einheitliche Regelung - ggf. durch entsprechende vertragliche Festlegungen - möglich ist.

- **Beschäftigung von Schwerbehinderten in der Stadtverwaltung**
(Frau Flohren, Herr Nell, Herr Löwenberg)

Die Verwaltung wird um Erläuterung der Gründe für den Rückgang der Zahl der schwerbehinderten Beschäftigten und die Berücksichtigung dieses Personenkreises bei Stellenausschreibungen gebeten.

Auf die soziale Verantwortung der öffentlichen Arbeitgeber und die verhältnismäßig guten Einsatzmöglichkeiten in der Verwaltung wird hingewiesen.

Über den Sachverhalt soll auch dem Ausschuss für Personal, Organisation und Frauengleichstellung berichtet werden.

- **Vergabe von Aufträgen an Werkstätten für Behinderte**
(Herr Nell, Herr Löwenberg, Frau Flohren)

Die Verwaltung wird um Auskunft gebeten, aus welchen Gründen die Auftragsvergabe an Behindertenwerkstätten, z. B. für Bürstenwaren, eingestellt wurde. Da die Angebotspalette dieser Einrichtungen zugenommen hat, sollten auch die Parteien auf die Möglichkeiten aufmerksam gemacht werden.

Fazit:

Der Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen befürwortet die Fortschreibung des Behindertenplanes einschließlich eines Zeitrahmens. Sachstandsberichte über die Umsetzung sollten in kürzeren Zeitabständen vorgelegt werden. Erwünscht ist auch eine häufigere Teilnahme der Behindertenbeauftragten an den Sitzungen des Ausschusses für Soziales, Familien- und Seniorenfragen, auch ohne konkret Behindertenbelange betreffende Anlässe.

6. Zuschüsse an Verbände der freien Wohlfahrtspflege

Vorlagennr. 2132/2002 - Vorlage vom 23.07.2002

Unter Hinweis auf § 31 GO NW nimmt Herr Eberlein an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen des Rates der Stadt Siegen beschließt die Verteilung der Zuschüsse an die örtlichen Verbände der freien Wohlfahrtspflege gemäß Verwaltungsvorlage.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

7. Zuschuss für die Betreuung ausländischer Einwohner

Vorlagennr. 2078/2002 und 2078/2002 A - Vorlagen vom 28.06. und 12.08.2002

Herr Rujanski erinnert an die Position der SPD-Fraktion, nach 30 Jahren Förderpraxis die Modalitäten einmal grundsätzlich zu überprüfen.

Herr Löwenberg betont die nach wie vor erforderliche Beratung. Die Verbände haben aber auch auf Grund der mittlerweile veränderten Zusammenarbeit eigene Überlegungen angestellt.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen des Rates der Stadt Siegen beschließt die Verteilung der Zuschussmittel an die vier antragstellenden Träger der freien Wohlfahrtsverbände in folgender Höhe:

| | |
|--|------------|
| ◆ Caritasverband Siegen-Wittgenstein e.V. | 4.796,87 € |
| ◆ Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Siegen-Wittgenstein | 3.837,50 € |
| ◆ Verein für soziale Arbeit und Kultur Südwestfalen e.V. | 3.837,50 € |
| ◆ Diakonisches Werk im Kirchenkreis Siegen | 2.878,13 € |

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

8. Förderung sozialer Vereine und Verbände 2002

Vorlagennr. 2133/2002 - Vorlage vom 23.07.2002

Unter Hinweis auf § 31 GO NW nimmt Herr Eberlein an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen des Rates der Stadt Siegen beschließt die Verteilung der Zuschussmittel gemäß Verwaltungsvorlage.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

9. Zuschüsse für die Durchführung der Altenhilfe 2002

Vorlagennr. 2134/2002 - Vorlage vom 23.07.2002

Unter Hinweis auf § 31 GO NW nimmt Herr Eberlein an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen des Rates der Stadt Siegen beschließt die Verteilung der Zuschussmittel gemäß Verwaltungsvorlage.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

**10. Unterrichtung des Rates und der Fachausschüsse
- Verzeichnis der nicht ausgeführten Beschlüsse
- Zeitraum 01.07.2001 - 30.06.2002 - Fachbereich 5**

Vorlagennr. 2156/2002 - Vorlage vom 20.08.2002

Der Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen nimmt Kenntnis.

**11. Bericht über den Haushaltsvollzug per 31.07.2002 im Fachbereich 5 -
Soziales, Familien, Jugend, Wohnen**

Vorlagennr. 2157/2002 - Vorlage vom 16.08.2002

Herr Dr. Rohr berichtet ergänzend, dass die Zahlen z. Z. noch knapp über dem Ansatz liegen, eine genaue Aussage ist erst zum Jahresabschluss möglich.

Der Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen des Rates der Stadt Siegen nimmt den Sachstandsbericht zum Haushaltsvollzug per 31.07.2002 im Fachbereich 5 - einschließlich der Prognose zum voraussichtlichen Jahresergebnis zur Kenntnis.